



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umwelt- und Agrarausschuss
- L 212 -

Kiel, 10. November 2011
Landeshaus
Tel. (0431) 5300 1144
(0431) 5300 1148
Fax (0431) 5300 4 1180
Umweltausschuss@landtag.ltsh.de

K u r z b e r i c h t

über die

*37. Sitzung des **Umwelt- und Agrarausschusses***

*am Mittwoch, dem 9. November 2011,
im Sitzungszimmer 342 des Landtages*

Beginn: 13 Uhr

Der Ausschuss ließ sich von Vertretern des Imkereiwesens über die **Auswirkungen des Urteils des EuGH zu GVO-Pollen im Honig** informieren, woran sich eine Diskussion anschloss.

Zu den folgenden Themen nahm der Ausschuss Berichte der Landesregierung entgegen, an die sich jeweils eine Aussprache anschloss:

- **Geplante Sprengungen von Gefechtskörpern in der Lübecker Bucht**
- **Pflanzenschutzmittel mit dem Wirkstoff Glyphosat in Schleswig-Holstein**
- **Transport von Asbestschlamm auf die Deponien Rondeshagen und Ihlenberg.**

Er empfahl dem Landtag, den Bericht der Landesregierung über **Bürokratie und Verwaltungsaufwand in der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft**, [Drucksache 17/1785](#), zur Kenntnis zu nehmen.

Er beriet die Anträge zum Thema **Energiewende dezentral, erneuerbar und bezahlbar für die Menschen umsetzen**, die dem Wirtschaftsausschuss federführend und dem Umwelt- und Agrarausschuss zur Mitberatung überwiesen worden waren. Den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, [Drucksache 17/1649](#), lehnte der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP gegen die Fraktion DIE LINKE bei Enthaltung der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW ab. Ferner empfahl er dem Wirtschaftsausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und SSW bei Enthaltung der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE, dem Landtag die Ablehnung des Antrags der Fraktion der SPD, [Drucksache 17/1593](#), zu empfehlen.

Bezüglich des Berichts der Landesregierung, **Integriertes Energie- und Klimakonzept für Schleswig-Holstein**, [Drucksache 17/1851](#), bittet er den Finanzausschuss, den Bericht zu beraten und eine Stellungnahme dazu abzugeben.

Er empfahl sodann dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und SSW bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE, den Antrag der Fraktion der SPD, **Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU nach 2013**, [Drucksache 17/1071](#), abzulehnen. Er empfahl dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Mehrheit der SPD gegen die Fraktion DIE LINKE bei Enthaltung der Fraktion des SSW und einer Stimme aus der Fraktion der SPD, den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, **Für eine grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik (GAP) ab 2013: Keine öffentlichen Gelder mehr für die Industrialisierung der Landwirtschaft**, [Drucksache 17/1229](#), abzulehnen. Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP und der Mehrheit der Fraktion der SPD gegen die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktionen DIE LINKE, SSW und einer Stimme aus der Fraktion der SPD empfiehlt er dem Landtag, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, [Drucksache 17/1176](#), abzulehnen.

Der Ausschuss beriet sodann die vorliegenden Anträge zum Thema **Europäisches Verbraucherzentrum Kiel und Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein**. Er empfahl dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und DIE LINKE gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW, den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, [Drucksache 17/1895](#), abzulehnen. Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und SSW empfahl er dem Landtag die Annahme des Antrags der Fraktionen von CDU und FDP, [Drucksache 17/1870](#). Sodann empfahl er dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, DIE LINKE und SSW, den Antrag der Fraktionen von SPD, DIE LINKE und SSW, [Drucksache 17/1878](#), abzulehnen.

Dem federführenden Sozialausschuss empfahl er, den Bericht des **Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung** beim Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages über die Situation der behinderten Menschen in Schleswig-Holstein sowie über seine **Tätigkeit 2009 bis 2010**, [Drucksache 17/1799](#), zur Kenntnis zu nehmen.

Abschließend zur Kenntnis nahm er den **Tätigkeitsbericht 2011 des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz Schleswig-Holstein**, [Drucksache 17/1220](#).

Zur Kenntnis nahm er die **Beschlüsse des 23. Altenparlaments**, [Umdruck 17/2842](#).

Er kam ferner überein, die **Grüne Woche 2012** zu besuchen, und zwar abhängig von dem zur Verfügung stehenden Budget entweder mit einer Delegation oder dem gesamten Ausschuss.

Sodann beschloss er die aus [Umdruck 17/2831](#) (neu) ersichtlichen **Sitzungstermine für das 1. Halbjahr 2012**.

Er verständigte sich außerdem darauf, in der Dezember-Tagung die erste und zweite Lesung des Gesetzes zur **Ausführung des Tierische-Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes** durchzu-

führen. Zu dem aus der Mitte des Landtags einzubringenden Gesetzentwurf sollen bereits im Vorwege schriftliche Stellungnahmen eingeholt werden.

Schluss: 16:45 Uhr

gez. Petra Tschanter